Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR BILDUNG

Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung
Herrn Guido Ernst, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17 / 3367
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

21. Juni 2018

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
9211		Dominik Hoffmann Dominik.Hoffmann@bm.rlp.de	06131 16 5492 06131 16 175492

19. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 7. Juni 2018
TOP 3: Gewalt gegen Lehrer an rheinland-pfälzischen Schulen
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 17/3176 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 7. Juni 2018 übermittele ich Ihnen als Anlage meinen Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Hans Beckmann

Sitzung des Ausschusses für Bildung am 7. Juni 2018

Vorlage 17/3176; Antrag der CDU-Fraktion nach § 76 Abs. 2 GOLT
Betreff: „Gewalt gegen Lehrer an rheinland-pfälzischen Schulen"

Zu Beginn einige Anmerkungen zur Studie:

Im Rahmen der vom VBE in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage wurden 2018 bundesweit 1200 Schulleiterinnen und Schulleiter befragt. Ich zitiere aus Seite 4 der Studie: „Fast die Hälfte der Schulleitungen (48 %) gibt an, dass es an der Schule in den letzten fünf Jahren Fälle von psychischer Gewalt gab, also Fälle, bei denen Lehrkräftedirekt beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden."

Ob und wie viele Schulleitungen aus Rheinland-Pfalz unter den Befragten waren, ist nicht bekannt. Die genannten 48 % beziehen sich dabei auf psychische Gewalt, nicht auf physische.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Psychische Gewalt verletzt die betroffene Person genauso wie physische und ist deshalb genauso inakzeptabel. Die Situation ist nur etwas anders als in Ihrem Antrag beschrieben.

Sie haben um Informationen über Gewalttaten gegen Lehrkräfte an rheinland-pfälzischen Schulen gebeten.

Hierzu habe ich das Innenministerium um eine Auswertung der polizeilichen Kriminalstatistik gebeten. Hierbei ergibt sich folgendes Bild:

Im Jahr 2017 wurden 2.691 Straftaten in Schulen erfasst, davon handelte es sich in 605 Fällen um vorsätzliche einfache Körperverletzungen. Hiervon waren im Jahr 2017 in 27 Fällen Lehrkräfte betroffen. Die Zeitleiste zeigt insgesamt eine rückläufige Entwicklung der Straftaten an Schulen (zum Vergleich: 2011 4.092 Taten) sowie der vorsätzlichen einfachen Körperverletzungsdelikte (zum Vergleich 2011 872 Taten). In Bezug auf Lehrkräfte ist insbesondere 2017 im Vergleich zu den Vorjahren eine rückläufige Entwicklung erkennbar (2015: 37, 2016: 34, 2017: 27).

Nach einer weiteren Auswertung, die Straftaten gegenüber Lehrkräften unabhängig vom Zusammenhang Schule ausweist, sind im Jahr 2017 in den meisten Fällen Lehrkräfte Opfer einer Bedrohung (39 Fälle) und von Körperverletzungsdelikten (38 Fälle) geworden. 27 Fälle entfielen auf vorsätzliche einfache Körperverletzungen.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Jede Gewalttat gegen Lehrkräfte ist eine zu viel. Umso wichtiger ist es, dass die Lehrerinnen und Lehrer für den Fall, dass sie Opfer einer Gewalttat geworden sein sollten, gut unterstützt werden. Insofern ist es positiv,

dass es nach den Ergebnissen der Forsa-Umfrage in 87 % der Fälle gelungen ist, Kolleginnen und Kollegen in Fällen von Gewalt ausreichend zu unterstützen, in weiteren 7 % der Fälle ist dies teilweise gelungen.

In Rheinland-Pfalz gibt es die folgenden Unterstützungsangebote:

Neben der Unterstützung durch die Schulleitung und durch Kolleginnen und Kollegen steht die ADD als erste Ansprechpartnerin zur Verfügung. Deshalb ist es selbstverständlich, dass die Schulleitung die Schulbehörde über alle wesentlichen Geschehnisse an der Schule informiert. Schwere Straftaten müssen den zuständigen Behörden gemeldet werden.

Hierauf wird in der „Handreichung für den Umgang mit Krisensituationen an Schulen" hingewiesen, die jeder Schule zur Verfügung steht und ihnen Hilfestellung bietet für die Bewältigung von Krisensituationen. In der Handreichung werden Informationen zum Thema Krise und zu Unterstützungssystemen gegeben und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, insbesondere gibt es auch Hinweise darüber, wann Straftaten zur Anzeige gebracht werden sollten.

Lehrkräfte können sich auch an das Institut für Lehrergesundheit und an das Pädagogische Landesinstitut wenden.

Das Institut für Lehrergesundheit wurde 2011 als unabhängige Einrichtung von der Landesregierung gegründet. Es ist an der Universitätsmedizin Mainz angesiedelt und stellt die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung für die Bediensteten im staatlichen Schulbereich des Landes sicher.

Das Pädagogische Landesinstitut (PL) steht Lehrkräften und Schulleitungen beratend zur Seite, die in ihrem beruflichen Alltag Situationen erleben, in denen sie Bedrohung, Gewalt oder Verunsicherung erleben. Neben der Möglichkeit einer Individualberatung gibt es auch Supervisionsgruppen. Ansprechpartner sind hier die landesweit vierzehn Schulpsychologischen Beratungszentren, die beim Pädagogischen Landesinstitut angesiedelt sind. Die Beratung einer Lehrkraft im Rahmen eines Gewaltvorfalls zielt beispielsweise auf die Stabilisierung der Lehrkraft, die Wiedergewinnung von Kontrolle, Aufbau von Handlungssicherheit und Entwicklung eines Schutzkonzeptes für die Lehrkraft. Ergänzend können die betreffenden Schulleitungen beraten werden, da Gewaltvorfälle auch Auswirkungen auf das Kollegium und die Schule als Ganzes haben können.

Auch in der Ausbildung von zukünftigen Lehrkräften ist der mit den Begriffen „Gewalt", „Disziplin", „Konflikte" und „Störungen von Unterricht" assoziierte Kontext sowohl während des Studiums als auch im Rahmen des Vorbereitungsdienstes wichtiger Bestandteil.

Das Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ stand auch auf der Tagesordnung der letzten Referententagung der ADD am 7. Mai. Mit Herrn Präsidenten Linnertz sind wir übereingekommen, dass wir trotz der bereits bestehenden Angebote gemeinsam überlegen wollen, wie wir die Unterstützung für Lehrkräfte noch weiter verbessern können.